

TECKBOTE  
25.4.2013

# Beitragssätze an der Obergrenze

## AOK-Chef berichtet über Arztversorgung

**„Die Arztversorgung muss aus regionaler Sicht kleinräumig gewährleistet werden“, so der Geschäftsführer der AOK Neckar-Fils, Dieter Kress, bei der Mitgliederversammlung des Kreisseniorrats in Wernau. Hier kommt der „Kommunalen Gesundheitskonferenz“ des Landkreises große Bedeutung zu.**

**Kreis Esslingen.** Anhand von Folien stellte der Referent die Arztversorgung dar. Im Kreis Esslingen sind zurzeit 301 Hausärzte zugelassen, was einem Versorgungsgrad von 108 Prozent entspreche. „Auch die Facharztquote ist hoch“, so Kress.

Berichtet wurde über verschiedene Pilotprojekte, die die AOK angestoßen habe. So zum Beispiel das Hausarztprogramm und die integrierte Hausarztversorgung in Pflegeheimen. Letzteres Modell solle nun bundesweit eingeführt werden. Durch eine abgestimmte Betreuung von Heimbewohnern durch Hausärzte – auch im Notfall – würden viele Krankenhauseinweisungen vermieden. Dies sei besonders für Pflegebedürftige wichtig, da sie sonst immer wieder aus ihrem Tagesablauf gerissen würden, was für sie wie auch das Pflegepersonal sehr belastend sei. „Neben der menschlich wertvollen Komponente erzielen auch Ärzte und die Kassen Vorteile“, wusste Dieter Kress.

„Mir schwebt auch ein Modell vor, das wieder mehr Hausbesuche er-

möglicht“, so der AOK-Chef. Hier könnten Helferinnen der Ärzte Leistungen vor Ort erbringen, die diese normalerweise in der Praxis ausüben.

Kress führte aus, dass in Deutschland jährlich 294 Millionen Euro oder 2 590 Euro pro Person für die Gesundheitsversorgung ausgegeben werden.

Die Beitragssätze sieht er an der Obergrenze angekommen. Es gehe darum, die Mittel durch mehr Prävention und bessere Vernetzung zielgenauer einzusetzen. Die Politik in Bund und Land müsse dringend Antworten finden. Jetzt müssten die Weichen gestellt werden, um die Gesundheitsversorgung zukunftsfähig zu erhalten.

Dieter Kress wies darauf hin, dass die Gesundheitsbranche mit 4,3 Millionen Beschäftigten einen wichtigen Wirtschaftsfaktor darstellt. Damit sei sie die größte Teilbranche des Dienstleistungssektors.

Probleme sieht er darin, dass in den nächsten zehn Jahren viele Ärzte das 65. Lebensjahr erreichen. Die Tendenz der jungen Ärzte, lieber im Krankenhaus zu arbeiten, sollte durchbrochen werden. Ein weiteres Problem sei es, dass der medizinische Bereich mehr und mehr zu einem Frauenberuf werde. Da sich diese in der Familienphase lieber einer Gemeinschaftspraxis anschließen würden, empfahl er Kommunen, sich um medizinische Versorgungszentren in ihrer Gemeinde oder Raumschaft zu bemühen. Die kommunale Gesundheitskonferenz sollte daher eine regionale Bedarfsplanung erstellen.

pm